

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 25-26

Artikel: Der fünfte polnische Parteikongress

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der fünfte polnische Parteikongress

Von Laszlo Revesz

Zwischen dem 11. und 15. November 1968 tagte der 5. Kongress der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, welcher zunächst die bisherige Entwicklung des Landes seit dem 4. Kongress 1964 (hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet) teils positiv, teils negativ bewertete und die Aufgaben für die nächsten vier Jahre, bis zum 6. Parteikongress, bestimmte. Der andere grosse Fragenkomplex, mit welchem er sich beschäftigte, ist für die Gegenwart von noch grösserer Bedeutung: die aussenpolitische Linie von Staat und Partei, sowohl in bezug auf die zwischenstaatlichen Beziehungen als auch auf die internationale kommunistische Bewegung. Das dritte, weniger wichtige Problem war das innerparteiliche Leben und in diesem Zusammenhang die Änderung einiger Artikel des geltenden Parteistatus.

Was die wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1964 und 1968 betrifft, war der Kongress — auf der Grundlage des von Gomulka unterbreiteten Rechenschaftsberichtes des Zentralkomitees — ziemlich kritisch. Einerseits wurden gewisse positive Züge der Entwicklung unterstrichen, andererseits aber die Mängel stark hervorgehoben. Die Schwefelproduktion zeigte eine rasche Entwicklung, und Polen steht heute auf dem 5. Platz unter den Schwefelproduzenten. In der Kupfergewinnung wird Polen in den nächsten Jahren ebenfalls zu einem der grössten Produzenten Europas. Die Steinkoh lengewinnung stieg um 15 Millionen Tonnen und ermöglicht erhebliche Exportlieferungen. Auch die technische Ausrüstung der Industrie ist ebenfalls weitgehend entwickelt worden. Der auf einen Arbeiter entfallende Wert von Maschinen und Einrichtungen in der Industrie betrug Ende 1963 rund 87 000 Zloty und heute etwa 111 000. Die Struktur der Industrieproduktion wurde besser: Der Anteil der Maschinenindustrie an der gesamten Industrieproduktion ist von 24,4 auf 28,7 Prozent gestiegen, jener der chemischen Industrie von 7,4 auf 9,4 Prozent.

Zwischen 1965 und 1967 ist die Agrarproduktion im Vergleich mit dem Zeitabschnitt 1962—1964 um 14 Prozent gestiegen. Hier stieg die Pflanzenproduktion um 18,5 und die Produktion von tierischen Erzeugnissen um 9,8 Prozent.

Das Nationaleinkommen stieg um 37 Prozent, wobei der Jahresdurchschnitt der Zunahme 6,5 Prozent betrug.

Im Zusammenhang mit der Konzentrierung von zahlreichen kleineren und verstreuten Investitionen ist eine gewisse Besserung eingetreten. Auf dem Gebiet der Spezialisierung und Kooperation sowie im Zusammenhang mit dem Rhythmus der Produktion und der Proportion der Beschäftigtenzahl wurde jedoch kein bemerkenswerter Fortschritt erzielt. Das geplante Tempo der Erhöhung der Arbeitsproduktivität wurde nicht erreicht, was auf Mängel bei der Organisation und Ausnutzung der Arbeitszeit hinweist. Die Arbeitsproduktivität steigt in Polen langsamer als in den übrigen sozialistischen Ländern.

Es ist nicht gelungen, die im Fünfjahresplan vorgesehenen Proportionen zwischen Zunahme der Produktion von Konsumgütern und Produktionsmitteln zu erreichen: Die Produktion für den Binnenmarkt war nicht zufriedenstellend, wodurch die steigende Kaufkraft der Bevölkerung nicht erschöpft werden konnte.

Die Einnahmen der Bevölkerung stiegen an,

hauptsächlich aber dank einer Erweiterung der Erwerbstätigkeit in der Familie. Die Beschäftigung ausserhalb der Landwirtschaft ist schneller gestiegen als die Bevölkerung des Landes. Der Plan sah die Schaffung von 1,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen vor, und diese Aufgabe wird übererfüllt. Die Erweiterung der Produktion ist in erster Linie dank Erhöhung der Beschäftigtenzahl — und nicht dank Erhöhung der Arbeitsproduktivität, wie geplant — erzielt worden.

Die Nominaleinnahmen der Bevölkerung — auch die gesellschaftlichen Leistungen inbegriffen — stiegen während der letzten vier Jahre um 31 Prozent, die Realeinnahmen hingegen um 22 Prozent. Der durchschnittliche Nominal-Monatslohn stieg etwa um 20 Prozent und beträgt heute 2059 Zloty; der durchschnittliche Reallohn stieg aber nur um 10 Prozent.

Der Kongress hat anschliessend die Planaufgaben des laufenden Fünfjahresplanes für die Jahre 1969/70 in dem Sinne geändert, dass er die Exportaufgaben erhöhte (jährlich um 8 Prozent). Er ordnete ferner eine Modernisierung und Rekonstruktion der für Export produzierenden Branchen an. In vielen Industriebranchen, welche für den Binnenmarkt arbeiten, müssen die Kapazitäten ausgedehnt werden, um den Mangel an Sortimenten zu bekämpfen. Die jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion für 1969/70 soll 8 Prozent ausmachen, davon 9 Prozent bei Produktionsmitteln und 6,5 Prozent bei Konsumgütern.

Auf zentrale Planung zurückgedreht

Für die Jahre 1971—1975 befürwortete der Kongress eine verstärkte zentrale Planung und lehnte das «revisionistische» Konzept einiger Ökonomen ab, welche die zentrale Planung durch das freie Spiel des Marktmechanismus ersetzen wollen. Zugleich will man die Planung vervollkommen und auf wirtschaftliche Basis stellen. Der nächste Fünfjahresplan (1971—1975) soll in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Rayons des Landes die bestehenden Disproportionen beheben; in diesem Zusammenhang wird eine Neuverteilung der neuen Betriebe im Sinne einer «Deglomeration» befürwortet: Die Grossbetriebe sollen in einzelnen Rayons, wo es genügend Arbeitskräfte gibt, Filialen eröffnen. Was die geplanten Investitionen für 1971—1975 betrifft, wird der Modernisierung und Rekonstruktion der bestehenden Betriebe Priorität gewährt. Das Entwicklungstempo der Maschinen-

industrie und der chemischen Industrie wird noch mehr erhöht. In der Planung will man die Methode der «alternativen Planung» einführen, die Planungsmethoden müssen vereinfacht, die balancierende Wirtschaftsführung ausgedehnt werden. (Vgl. Gomulkas Referat: «Trybuna Ludu», 12. 11. 1968, S. 3—9, Kap. II—IV, und das Referat von B. Jaszezuk über den Entwurf des Kongressbeschlusses: «Trybuna Ludu», 17. 11. 1968 S. 4.) *

Sowohl im Rechenschaftsbericht des ZK als auch in der Diskussion erhielten die Fragen der Außenpolitik und der kommunistischen Weltbewegung vermehrte Aufmerksamkeit. Auch die Proportionen wurden in diesem Zusammenhang geändert: Die Angriffe auf den US-Imperialismus und den westdeutschen Revanchismus konnten natürlich nicht zurückgestellt werden, hätten aber noch schärfer ausfallen können. Die beiden traditionellen Hauptgespenster wurden in erster Linie beschuldigt, sich in die inneren Angelegenheiten der Ostblockstaaten einzumischen und in Ostblock eine Spaltung hervorrufen zu wollen. Auch der Angriff auf China gehört seit Juli 1967 zu den Themen der Parteibeschlüsse und Parteidiskussionen. Der Rechenschaftsbericht und die Diskussionsbeiträge — vor allem jener von Breschnew — bezogen sich hauptsächlich auf die Verhältnisse nach der Okkupation der Tschechoslowakei. Um die Invasion zu rechtfertigen wurde sowohl im Referat als auch in mehreren Diskussionsbeiträgen anerkannt: Die Souveränität der einzelnen Parteien innerhalb des Sowjetblocks muss ganz anders interpretiert werden als bisher.

Nach dem Fall der CSSR: Die neue Souveränitätstheorie

Der Rechenschaftsbericht des ZK (Kapitel VI) enthält folgende wichtige Feststellungen: «Die Interessen und die Bestrebungen der einzelnen Länder können nicht vom Standpunkt des Partikularismus isoliert betrachtet werden. Sie dürfen den Interessen, den Bestrebungen und Zielsetzungen des Sozialismus im Weltmaßstab nicht widersprechen. Der Kampf jeder einzelnen Partei muss nicht nur die innere Struktur der gesellschaftlichen und politischen Kräfte berücksichtigen, sondern auch die internationalen Kräfteverhältnisse, welche durch die Existenz von zwei Systemen gegeben sind... Die Abkehr von den grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus hat ernsthafte Folgen nicht nur für die gegebene Partei, sondern auch für die gesamte internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, besonders dann, wenn es sich um regierende Parteien handelt... So kann der historische Sieg über den Kapitalismus im Weltmaßstab nicht erreicht werden... Auf dem Weg zum Sieg muss die revolutionäre Arbeiterbewegung viele Schwierigkeiten bekämpfen und Probleme lösen, welche die Klassiker des Marxismus nicht von vornherein sehen konnten... Die Kraft der ganzen kommunistischen Bewegung und der einzelnen Partei ist von der Entwicklung und der Einheit der sozialistischen Staaten nicht zu trennen. Die internationale Lage des sozialistischen Lagers beeinflusst die Kraft und die Auswirkungen der einzelnen kommunistischen Parteien. Derjenige, der mit dieser Tatsache nicht rechnet und die sozialistischen Staaten angreift, schwächt, unbeschadet seiner sub-

pektiven Motive, die Positionen der eigenen Partei und der gesamten kommunistischen Bewegung...»

Die kommunistische Weltkonferenz vom November 1960 in Moskau hatte die doppelte Verantwortung jeder KP betont: einerseits vor dem eigenen Volk, anderseits vor der internationalen Bewegung. Auf diesen Beschluss wurde einige Male Bezug genommen. Dabei ist nicht zu vergessen, dass der Beschluss der Weltkonferenz auch die Führungsrolle der KPdSU in der Weltbewegung (noch auf Vorschlag von Mao Tse-tung!) anerkannte. Dadurch kommt also die Verantwortung vor der internationalen Bewegung einer Verantwortung vor ihrer Vorhut, der KPdSU, gleich.

Breschnew ging in seiner Begrüßungsrede noch weiter: «Die sozialistischen Staaten befürworten die strikte Respektierung der Souveränität aller Länder. Besonders setzen sie sich gegen die Einischung in die inneren Angelegenheiten irgendwelcher Staaten, gegen die Verletzung deren Souveränität ein. Dabei gilt es für uns Kommunisten, die Souveränität jener Staaten zu festigen und zu verteidigen, welche den Weg des sozialistischen Aufbaues beschreiten... Es ist gut bekannt, dass die Sowjetunion vieles unternahm, um die Souveränität und die Selbständigkeit der sozialistischen Länder zu festigen. Die KPdSU war immer dafür, dass jedes sozialistische Land die konkreten Formen seiner Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus selber bestimmt, unter Berücksichtigung der Eigenarten der eigenen nationalen Bedingungen. Wie jedoch bekannt ist, Genossen, gibt es aber auch allgemeine Gemeinsamkeiten des sozialistischen Aufbaues; die Abkehr von ihnen könnte zur Abkehr vom Sozialismus als solchem führen. Und wenn die inneren und äusseren sozialismusfeindlichen Kräfte bemüht sind, die Entwicklung irgendwelcher sozialistischer Länder in Richtung der Niederherstellung der kapitalistischen Ordnung zu lenken, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in einem Lande entsteht, wenn gar die Sicherheit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft gefährdet wird, dann ist das nicht mehr das Problem des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um welches sich alle sozialistischen Länder zu kümmern haben. Es ist vollständig verständlich, dass eine solche Aktion, wie die militärische Hilfe an einem brüderlichen Land zwecks Abwendung der drohenden Gefahr für das sozialistische System, eine Ausnahmemassnahme ist, welche von einem Notstand diktiert wurde. Sie kann allein durch eine Gefahr durch direkte Handlungen der sozialismusfeindlichen Kräfte innerhalb und ausserhalb des Landes hervorgerufen werden, durch Handlungen, welche die gemeinsamen Interessen des sozialistischen Lagers gefährden...» (Vgl. «Trybuna Ludu», 13. 1. 1968, S. 3/4.)

In einer ausserhalb des Kongresses, aber parallel mit dem Kongress gehaltenen Rede (in einem polnischen Grossbetrieb, dem Hüttenwerk Warszawa) betonte Breschnew erneut und noch deutlicher: «Die Verteidigung des Sozialismus ist keine Lösung, welche man von Zeit zu Zeit verkündet, sondern eine tagtägliche, praktische Angelegenheit. Jeder Staatsbürger eines sozialistischen Staates muss diese Aufgabe begreifen. Das sozialistische System ist eine erstrangige Errungenschaft der kommunistischen Weltbewegung, und wir müssen seine Interessen, seine Einheit

mit voller Entschlossenheit verteidigen... Es ist verständlich, dass unsere Errungenschaften nicht nur die eigenen Zielsetzungen verkörpern.» («Trybuna Ludu», 14. 11. 1968, S. 2.)

Der polnische Kongress war das erste öffentliche internationale Treffen der Kommunisten (verbunden mit einem beschränkten Meinungsaustausch) seit den Ereignissen in der Tschechoslowakei. Deshalb ist es von Interesse, darauf hinzuweisen, wie die ausländischen Delegationen auf die Worte Gomulkas und Breschnews reagierten.

Parade der Paladine

Am Kongress liessen sich (die «Staatsparteien» inbegriffen) 37 Parteien vertreten. Eine verhältnismässig kleine Zahl! Die Presse veröffentlichte kleine Ausschnitte von den Begrüßungsreden der Delegationsleiter der meisten (aber nicht aller) Parteien, welche zu den tschechischen Ereignissen meistens in positivem Sinne Stellung nahmen. Viele haben aber die internationale Lage der Bewegung erörtert, ohne auf die Invasion Bezug genommen zu haben.

Ulbricht betonte die Bestrebung der Sowjetunion und der übrigen «sozialistischen» Länder zu einer politischen Lösung der tschechoslowakischen Krise, welche jedoch durch die Nichteinhaltung der Bestimmungen des Pressburger Abkommens seitens der tschechoslowakischen Parteiführung und Regierung unmöglich wurde. Deshalb sei die militärische Hilfsaktion notwendig geworden. Der Erklärung der Regierung der Sowjetunion in der UNO-Generalversammlung entsprechend, betonte Ulbricht, die sozialistischen Staaten würden eine Situation nicht zulassen, in welcher die lebenswichtigen Interessen des Sozialismus erschüttert und ein Angriff auf die Unantastbarkeit der Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft ausgelöst werden könnten («Trybuna Ludu», 13. 11. 1968, S. 7/8). Auch Todor Zivkov betonte, die rechtzeitig erteilte Hilfe der fünf sozialistischen Staaten, welche entschlossen ihre internationalistische Pflicht erfüllt hätten, habe den Weg für eine Konterrevolution versperrt und die Errungenschaften des Sozialismus in der Tschechoslowakei gerettet, ferner die Voraussetzungen für eine Normalisierung der Lage in diesem Lande gewährleistet (ebenda, S. 9). Auch Cedenbal, der Erste Sekretär der Mongolischen Volksrevolutionären Partei, sprach selbstverständlich in einem solchen Ton: «Die kom-

munistischen Parteien und die sozialistischen Länder, welche dem tschechoslowakischen Volk eine brüderliche Hilfe leisteten, zeigten klar ihre unerschütterliche Treue zu ihrer internationalen Pflicht, ihre Treue zur gemeinsamen Sache der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften der sozialistischen Länder sowie ihre Treue zu allen revolutionären Kräften der ganzen Welt.» («Trybuna Ludu», 14. 11. 1968, S. 9.)

In gleichem Sinne äusserten sich folgende Vertreter der nichtherrschenden Parteien:

Dawid Khanin, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Israels («TL», 16. 11. 1968, S. 9): «Die KP Israels erklärte ihre Unterstützung für die Schritte, welche von den fünf sozialistischen Staaten unternommen worden sind. Diese Schritte bilden eine internationalistische, brüderliche Hilfe an die Kommunisten und das Volk der Tschechoslowakei... Sie waren ein erstrangiger Beitrag zur Garantie der Sicherheit der europäischen Völker und des Weltfriedens.»

Jan Kill, Mitglied des ZK der KP Luxemburgs («TL», 16. 11. 1968, S. 9): «Unsere Partei hatte in den Augusttagen, in den Tagen Eurer kompromisslosen Einstellung zur Angelegenheit der Tschechoslowakei, eine schwere Lage. Unsere Partei blieb aber stark und einheitlich auf der Klassengrundlage und auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus.»

Fernando Nadra, Mitglied des Exekutivkomitees des ZK der KP Argentiniens («TL», 15. 11. 1968, S. 6): «Unsere Partei hat dieses Problem von Anfang an klar gesehen. Es handelte sich um eine Hilfe an Partei, Regierung, Arbeiterklasse und Volk der Tschechoslowakei, um die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen... Deshalb hat unsere Partei die brüderliche und solidarische Hilfe der sozialistischen Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze unterstützt...»

Bernardo Araya, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP Chiles («TL», 15. 11. 1968, S. 9): «Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei wurden in der internationalen kommunistischen Bewegung viele unterschiedliche Stellungen eingenommen. Von diesen Unterschieden unabhängig sind wir Kommunisten aus Chile für eine Verständigung, für die Freundschaft und Aktionseinheit mit allen brüderlichen Parteien...» Die Kommunisten Chiles (es ist nämlich klar, dass der Text der Begrüßungsrede mit dem obersten Parteiforum vorher erörtert werden musste) nahmen also auf



Die Kongressdelegierten beim Zuhören.



Breschnew mit Ulbricht und Gomulka.

die Tschechoslowakei Bezug, vermieden jedoch eine Stellungnahme, was wahrscheinlich eher auf eine negative Einstellung hinweist. Eine ähnliche Stellung vertrat Narayan Kalyan Krishnan, Sekretär des Landesrates der KP Indiens («TL», 15. 11. 1968, S. 11): Er begrüßte die Vereinbarung von Moskau vom 26. August, ohne auf die «Hilfeleistung» Bezug genommen zu haben.

Die Delegationen der im Exil arbeitenden kommunistischen Parteien, welche von der internationalen Bewegung bzw. von Moskau unterhalten werden, nahmen selbstverständlich für die Aktion der fünf Staaten Stellung. So Kostas Kolijanis, Erster Sekretär des ZK der KP Griechenlands («TL», 15. 11. 1968, S. 12), Omar Mustafa el Mekki, Mitglied des Politbüros des ZK der Sudaner KP (ebenda) usw. Der Vertreter der Westberliner SED, Erster Sekretär des ZK, Bernard Danielius, äusserte sich für die Invasion, wenn auch nicht mit voller Schärfe (ebenda, S. 10).

Chivu Stoica, Mitglied des Exekutivkomitees und des ständigen Präsidiums sowie Sekretär des ZK der rumänischen KP, äusserte sich für die

Einheit der Bewegung, sprach jedoch von der Tschechoslowakei nicht («TL», 15. 11. 1968, S. 4); ebenso Li Jen Ho, Mitglied des Politbüros der Partei der Arbeit von Korea (ebenda).

KP Frankreichs:

Auf dem Weg zum Einschwenken; KP Italiens: Für offene Diskussion

Interessant waren aber die Ausführungen der französischen und italienischen Delegationsführer. François Billoux, Mitglied des Politbüros des ZK der französischen KP, sagte, ohne auf die Tschechoslowakei Bezug genommen zu haben, folgendes: «Der proletarische Internationalismus widerspricht dem Grundsatz der Unabhängigkeit jeder einzelnen Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus nicht. Die beiden ergänzen einander. Die internationalen Verpflichtungen der einzelnen Parteien und die gemeinsam bestimmten Grundsätze sind für alle Parteien bindend. Wir sind der Meinung, dass die Meinungsverschiedenheiten den gemeinsamen Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien

Gewaltlosigkeit das Wort geredet» habe. Wir konnten uns in der Zwischenzeit anhand des gedruckten Textes überzeugen, dass Pfarrer Marti keineswegs eine Gewaltlosigkeit zu jedem Preis im Sinne hatte.

Wie schwer das Problem auch im Falle der Tschechoslowakei ist, zeigt die Tatsache, dass mittlerweile auch ohne Einsatz von offener Gewalt abgewürgt wird, was bis zum 21. August an Freiheiten hatte gewonnen werden können. Inzwischen hat auch der Schriftsteller Mnacko sich so geäussert, dass vermutlich gegen die Invasion vom 21. August hätte gekämpft werden können.

Mahatma Gandhi hat Mitte der zwanziger Jahre ausgeführt, dass die Gewaltlosigkeit als Waffe nur gegenüber einem Gegner angewendet werden könne, der die Bedeutung dieser moralischen Waffe anerkenne. Davon schloss er ausdrücklich den Bolschewismus aus. Red. KB

gegen den gemeinsamen Feind — den Imperialismus — und für die gemeinsamen Ziele — den Frieden und den Sozialismus — nicht hindern dürfen» («TL», 15. 11. 1968, S. 11). Der italienische Delegierte, Giancarlo Pajetta, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Italiens, nahm auf die Okkupation der Tschechoslowakei direkt und indirekt ablehnend Bezug: «Die Ereignisse in der Tschechoslowakei in den letzten Monaten sowie die Meinungsverschiedenheiten unter den kommunistischen Parteien machten dies (nämlich die Bekämpfung der Schwierigkeiten in der internationalen Bewegung) komplizierter. Deshalb sind wir der Meinung, dass eine offene Diskussion ein positives und notwendiges Element ist... Man muss nach Wegen suchen und Beschlüsse fällen, welche verschieden sein können. Aber die Berücksichtigung der nationalen Eigenart, die Achtung der Autonomie jeder Partei ist für uns eine Bedingung, welche eine grössere und erfolgreicher internationale Einheit garantiert als die Aufdrängung der eigenen Politik («TL», 15. 11. 1968, S. 11).

Gomulka über Disziplin und Taktik

Gomulka erklärte im Rechenschaftsbericht des ZK den in den «nichtsozialistischen» Ländern tätigen KPs folgendes: «Wir stellen die Eigenart der Bedingungen der entwickelten kapitalistischen Staaten, in welchen die brüderlichen kommunistischen Parteien ihren Kampf austragen, nicht in Frage. Wir lehnen die Bestrebungen zur Ausnutzung (aha, eben... Red. KB) des Parlamentarismus und anderer Institutionen der bürgerlichen Demokratie zwecks Ausbaus eines breiten Bündnisses der Kommunisten und anderer anti-imperialistischer Kräfte nicht ab. Die Wege zum Sozialismus können und müssen sogar verschieden sein. Aber es gibt nur einen Sozialismus... Die Wege, welche von einer Partei eingeschlagen werden oder welche für ein bürgerliches Land richtig sind, können anderen Parteien und Ländern nicht aufgedrängt werden. Sie müssen aber als Erfahrung von allen berücksichtigt werden. Sie (nämlich die westlichen KPs) können von den brüderlichen Parteien, welche die Macht innehaben und unmittelbare Verantwortung für die Entwicklung und Kraft ihrer Länder und des ganzen sozialistischen Systems tragen, nicht verlangen, dass diese ihre politische Linie der aktuellen Politik der KPs in den westlichen Ländern anpassen. Das Hinübertragen des Inhaltes der bürgerlichen Demokratie auf den Organismus der sozialistischen Demokratie würde eine revisionistische Deformation des Sozialismus, die Öffnung des Weges für kapitalistische Umgestaltungen in einem sozialistischen Land bedeuten...» Gomulka betonte also, dass die westlichen KPs ihre Auffassung den östlichen nicht aufzufordern dürfen und können. Anderseits verlangte er von ihnen die Treue zur Sowjetunion: «Das Verhältnis jeder einzelnen kommunistischen und Arbeiterpartei zur Sowjetunion und zu den übrigen sozialistischen Ländern soll durch den zwischen beiden Systemen tobenden Kampf bestimmt werden und soll das internationalistische Begreifen der Anforderungen dieses Kampfes ausdrücken.»

Der polnische Parteikongress zeigte also das Durcheinander auf, welches in der internationalen Bewegung infolge der Invasion in der CSSR entstand.

Gewalt oder Gewaltlosigkeit

Eine Berichtigung

Unter diesem Titel haben wir im KB Nr. 19 vom 18. September einen Brief von Karl Barth aus dem Jahre 1938 abgedruckt, in dem namentlich steht: «Um des rechten Friedens willen darf die Kirche dem Staat nicht wehren, das Schwert zu führen... Sie hat um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums den demokratischen Staat aufzurufen, um jeden Preis, auch um den von Not und Untergang, starker Staat zu sein, das heisst: den Diktaturen an seinen Grenzen mit allen Mitteln Halt zu gebieten.»

Wir haben in der Einleitung zu diesem Brief auf eine Fernsehansprache von Pfarrer Kurt Marti verwiesen, in der er «einer unbegrenzten

Engeres Sieb für Parteimitgliedschaft

Was das innerparteiliche Leben betrifft, wurden besonders zwei Forderungen hervorgehoben: die Vertiefung der ideologischen und politischen Arbeit hauptsächlich unter den Intellektuellen, und die Festigung der inneren Einheit der Partei dadurch, dass man bei der Aufnahme in die Partei vorsichtiger wird als in der Vergangenheit. Eine Siebung der in die Partei aufzunehmenden Jugendlichen wird durch folgende Änderung des Parteistatutes gewährleistet: Jugendliche bis zum vollendeten 21. Lebensjahr dürfen nur von den Mitgliedern der zwei marxistisch-leninistischen Jugendorganisationen, des Verbandes sozialistischer Jugend und des Verbandes der Landjugend, aufgenommen werden. Hier kann nur das ZK eine Ausnahme erlauben (Art. 4, Abs. a). Bei der Empfehlung für die Parteiaufnahme verlangte der bisherige Art. 6 des Statutes, dass Bewerber und Empfehler einander mindestens ein Jahr kennen. Jetzt wurde diese Frist auf zwei Jahre erhöht. Art. 43 des Statutes brachte eine interessante Neuerung im Parteileben: An die Spitze jener Grundorganisationen der Partei, welche in verwandten Betrieben und Institutionen tätig sind, wird ein sogenanntes «Milieukomitee» gestellt. Art. 52/53 festigen die Lage der Gemeindekomitees der Partei auf dem Lande, und zwar in dem Sinne, dass deren Beschlüsse für alle Grundorganisationen der Gemeinde bindend sind.

Wie aus dem Bericht der Kommission zur Ausarbeitung der Statutenänderungen hervorgeht, gab es auf dem Kongress Stimmen, zur weiteren Straffung der Parteidisziplin und zur Fe-

stigung der Privilegien der «neuen Klasse», welche jedoch von der Kommission und anschliessend vom ganzen Kongress abgelehnt wurden. Viele Stimmen gab es dafür, dass die Amtsperiode des Komitees und der Funktionäre wesentlich verlängert werden soll (auf vier bzw. fünf Jahre), ferner dass die Plenarsitzungen der Komitees seltener abgehalten werden sollen. Mehrere Stimmen verlangten auch die Verlängerung der Kandidatenzeit (um ein Jahr). (Vgl. «TL», 17. 11. 1968, S. 4.)

Am Parteikongress nahmen 1764 Delegierte teil. Davon wurden 294 auf den Parteikonferenzen der Schlüsselbetriebe (264) der Industrie gewählt, welche beinahe 300 000 Parteimitglieder zusammenschlossen. Unter den Delegierten gab es 631 Arbeiter und 188 Bauern (davon 167 Einzelbauern). Mehr als die Hälfte der Delegierten bestand aber aus Intellektuellen oder Funktionären von Partei und Staat («TL», 14. 11. 1968, S. 6: Bericht der Kommission für Mandatenprüfung). Der Kongress wählte 91 Voll- und 91 Ersatzmitglieder ins ZK, 29 Mitglieder in die Zentrale Revisionskommission. Das neue ZK hielt seine erste Sitzung sofort ab und wählte ein neues Politbüro aus 12 Voll- und 4 Ersatzmitgliedern und ein neunköpfiges Sekretariat; schliesslich eine 36köpfige Zentrale Kommission für Parteikontrolle (Parteigericht). Die erste ZK-Sitzung wählte erneut Gomulka zum Ersten ZK-Sekretär («Kurier Polski», 16./17. 11. 1968, S. 1).

Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK ergibt sich: Die PVAP hat heute über zwei Millionen Mitglieder und über 70 000 Grundorganisationen. Jeder sechste in der Volkswirtschaft Beschäftigte

ist ein Parteimitglied. Jeder achte Arbeiter, jeder dritte Ingenieur und Techniker, beinahe jeder zweite Lehrer, jeder sechste Arzt ist Parteimitglied. Zwischen beiden Parteikongressen (1964 bis 1968) traten der Partei 717 000 Personen bei.

Die internationale Bedeutung des polnischen Parteikongresses ist kaum bestreitbar. Er trug dazu bei, dass die Fronten in der internationalen kommunistischen Bewegung wieder fester wurden. Beinahe jede ausländische Delegation sprach sich für die Abhaltung einer neuen kommunistischen Weltkonferenz in Moskau aus, wo aller Wahrscheinlichkeit nach die Verantwortung der einzelnen KPs vor der internationalen Bewegung genauso im Beschluss verankert wird wie seinerzeit (1960). Die Rede Masurows auf der feierlichen Sitzung im Kreml am 6. November 1968 zum 51. Jahrestag der Oktoberrevolution lässt eine solche Absicht Moskaus vermuten. Er versuchte, die Okkupation der Tschechoslowakei unter Berufung auf den Beschluss der 1960er Weltkonferenz in Moskau zu rechtfertigen: «Jede kommunistische Partei, welche im Staate eine leitende Partei ist, trägt die Verantwortung für das Schicksal sowohl des eigenen Landes als auch für jenes des gesamten sozialistischen Lagers.» Deshalb ergrieffen die fünf Staaten kollektive Massnahmen gegen die Tschechoslowakei («Prawda», 7. 11. 1968, S. 1–3).

Dies bedeutet jedoch nichts weniger, als dass der von einer kommunistischen Partei geführte und kontrollierte Staat der «sozialistischen Gemeinschaft» bzw. noch mehr deren Führer, Moskau, direkt verantwortlich und untergeordnet wird.

Laszlo Revesz

... und für den Abend etwas Feines mit Roth-Käse: Damen-Snack

Pro Person 50 g Champignons blättrig schneiden, in Butter dämpfen. 1 Teelöffel Mehl darüberstäuben, würzen mit Salz, einer Spur Rosmarin und Borretsch, mit wenig Weisswein ablöschen. Die Pilze auf Weissbrotchnitten häufen, mit einer dicken Scheibe Roth-Käse bedecken, mit Paprika bestäuben und die Schnitte im Ofen überbacken, bis der Käse schmilzt.

Roth-Käse für Käsekennner.

Roth-Käse AG, Uster

YES SIR

RITEX

Jetzt können Sie zugeknöpft sein, ohne dass man es sieht.

Verdeckte Knopfpartie, taillierter Schnitt, sorgfältige Verarbeitung: Das ist THEON, der Stadtmantel von RITEX. Er ist aus reiner Schurwolle und gibt Ihnen wohlige Wärme.

Tragen Sie ihn zu besonderen Anlässen. Oder wenn Sie an irgendeinem Tag schon frühmorgens eine fröhliche Stimmung haben.

Bezugsquellenachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen